

Psychische Gesundheit braucht Kinder und Jugendpsychiater:innen

Der 23.04.2023 wurde von der internationalen Fachgesellschaft der Kinder- und Jugendpsychiatrie (IACAPAP) zum Tag der seelischen Gesundheit bei Kindern- und Jugendlichen erklärt. Anlässlich dieses Tages lohnt ein Blick auf die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgungssituation in Österreich.

Die vergangenen Jahre haben zu einem deutlichen Anstieg an depressiven Erkrankungen, Angsterkrankungen, Suizidgedanken und Suizidversuchen, ebenso wie zu einem Anstieg an Essstörungen geführt, der im Altersbereich der Jugendlichen und jungen Erwachsenen besonders ausgeprägt war. Die Situation in Österreich ist dabei international keine Ausnahme. Dieser Anstieg an psychischen Belastungen ging auch mit einer vermehrten Inanspruchnahme kinder- und jugendpsychiatrischer Leistungen einher. Erfreulicherweise kam es angesichts der steigenden Fallzahlen, zu einer gesellschaftlichen Diskussion über die Notwendigkeit eines Ausbaus von Hilfsangeboten für psychisch belastete Jugendliche. Hier haben sich erfreuliche Entwicklungen im Sinne der Förderung von telefonischen Beratungsangeboten oder im Rahmen des Projekts „Gesund aus der Krise“ ergeben, so dass hier ein Zuwachs von psychosozialen Hilfen begonnen hat, der aus Sicht der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (ÖGKJP) jedoch noch nicht ausreichend ist um der gegenwärtigen Krise zu begegnen.

Weiterhin fehlen Maßnahmen im Bereich der schulischen und betrieblichen Prävention ebenso wie auch im Bereich niedrigschwelliger Hilfen an den Schulen und in den Ausbildungsbetrieben, aber auch im Bereich der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung im niedergelassenen wie auch im stationären Bereich. Umso bedauerlicher ist aus Sicht der ÖGKJP auch, dass in der Entschließung des Nationalrats vom 01.03.2023 zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verschiedene Unterstützungsmaßnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen angedacht werden, hier jedoch der Ausbau der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung mit keinem Wort erwähnt wird. Es bleibt weiterhin festzuhalten, dass bereits schon vor dem Beginn der Covid-19 Pandemie hunderte Betten in der stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung fehlten, neue Modelle nicht gegenfinanziert sind und in der niedergelassenen kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung im ambulanten Bereich ebenfalls große Lücken bestehen. Hier besteht in allen Versorgungsgebieten ein eklatanter Mangel.

Die ÖGKJP weist darauf hin, dass die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung die einzige Versorgungsform ist, die 24/7 in ganz Österreich ein einkommensunabhängiges Versorgungsangebot für alle psychischen Erkrankungen und Krisen darstellt und auch in der Lage ist eigen- oder fremdgefährdete Patienten zu behandeln. Die ÖGKJP fordert daher die Verantwortlichen für Gesundheit auf Ebene des Bundes und der Länder auf, auch im Bereich der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

- Möglichkeit der wechselseitigen Anerkennung von Ausbildungszeiten in den Fächern der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapeutische Medizin und Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin zur schnelleren Erlangung einer Doppelfachärzt:innen Qualifikation

- Ausbau kinder- und jugendpsychiatrischer stationärer Kapazitäten zur Erreichung der Bettenmessziffer, die im Strukturplan Gesundheit Österreich für das Fach Kinder- und Jugendpsychiatrie vorgesehen ist
- Ausbau der Versorgungskapazitäten im Rahmen von Ambulatorien und im Rahmen von kassenfinanzierten kinder- und jugendpsychiatrischen Behandlungsplätzen im niedergelassenen Bereich
- Rasche Umsetzung von finanzierten Ausbildungsstellen in der niedergelassenen Lehrpraxis im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapeutische Medizin
- Finanzierung von Ausbildungsstellen im Fach Kinder- und Jugendpsychiatrie auf Ebene der Länder um einen weiteren Ausbau des Fachärzt:innenstands für die nächsten Jahre zu gewährleisten
- Finanzierung alternativer Behandlungsmodelle wie des Home-treatments im gesamten Bundesgebiet
- Eigene ressortübergreifende Schnittstelle zur Koordination von Mental Health Initiativen (Gesundheits-, Bildungs-, Justiz-, Familie-, Sozial- und Wirtschaftsministerium) mit Budget